



## **MONTAGSPOST – Nachrichten, Termine, Informationen**

12. März 2018

Liebe Genossinnen und Genossen der KölnSPD,  
liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

hier wieder die aktuellen Berichte und Termine der KölnSPD. Viel Spaß beim Lesen und immer dran denken: Wenn etwas Spannendes passiert, schickt es uns zu. Die Montagspost lebt vom Mitmachen.

Bitte beachtet die Deadline: Wenn Ihr Termine oder Artikel für uns habt, sendet Texte und Bilder bitte bis jeweils Freitag, 12 Uhr an: [termine.koelnsdp@gmx.de](mailto:termine.koelnsdp@gmx.de). Änderungen bzw. Absagen bereits eingereichter Termine bitte sowohl an [termine.koelnsdp@gmx.de](mailto:termine.koelnsdp@gmx.de) als auch an Lukas Behrenbeck ([l.behrenbeck@web.de](mailto:l.behrenbeck@web.de)) mitteilen, da Letzterer somit die Termineinträge auf [koelnsdp.de](http://koelnsdp.de) anpassen kann.

Glück Auf!

Frank Mederlet  
Geschäftsführer

Marco Malavasi  
Redaktion

---

### **Eckpunktepapier "Gesamtschulen für die Veedel in Köln"**

Die Presse hat es gemeldet. Die Gesamtschulen sind überlaufen, fast 1000 Kinder erhielten keinen Platz. Die Eltern aber wünschen sich für ihre Kinder das längere gemeinsame Lernen. Ihre Entscheidung erfordert es, dass die Schulplanung in Köln sich dringend dem Bedarf anpassen muss.

Die SPD-Ratsfraktion, das Bildungsforum der SPD und die AfB liefern mit dem Eckpunktepapier "Gesamtschulen für die Veedel in Köln" eine klare Positionierung zur kommenden städtischen Schulentwicklungsplanung. „Von Gesamtschulen gehen Impulse der Stadtteilentwicklung und Integration des bürgerschaftlichen Zusammenlebens“ im Veedel aus. Es bedarf visionärer und klarer Entscheidungen, damit Eltern für ihre Kinder die Schulform ihrer Wahl aussuchen können. Konkret stehen dahinter individuelle Entwicklungen und Lebenswege. 960 Ablehnungen von Gesamtschulen sind nicht akzeptabel. Neue Gesamtschulen wurden gegründet, weitere sind dringend erforderlich. Köln braucht zehn zusätzliche Gesamtschulen. Gesamtschulen müssen Priorität haben. Die AfB fordert in der Partei eine klare Positionierung und damit die Öffnung des Weges hin zu mehr neuen Gesamtschulen.

---

Die AfB diskutiert das Eckpunkteprogramm "Gesamtschulen für alle Veedel in Köln" der SPD-Ratsfraktion und konkretisiert, dass

- kommende Bebauungspläne - analog zu den Kindergärten - den Bau von Schulen und weiteren sozialen Einrichtungen mit einplanen müssen.
- die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung aktualisiert werden muss.
- Schule wieder als Teil des Veedels etabliert wird.
- der Rat und die Verwaltung jetzt neue Standorte für neue Gesamtschulen benennen müssen.
- Schul-Dependancen nur eine Notlösung sein dürfen.
- der Sozialindex für Schulen berücksichtigt wird, um für Brennpunktgebiete mehr Finanzmittel zu ermöglichen.

Die AfB erwartet, dass Vertreter der Schulpolitik und Verwaltung Mut für neue Wege finden. Eine Option ist, dass engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in einer Aktionsgemeinschaft zusammenarbeiten. Ihre Aufgabe ist die Schulplanung aktiv voranzutreiben und als Topthema zu platzieren.

---

## SPD Fußballmannschaft - seid dabei

Wer von euch hat Lust, mal wieder gegen den Ball zu treten und dabei SPD-Mitglieder aus dem ganzen Unterbezirk kennen zu lernen?

Wir wollen eine Freizeitkicker-Mannschaft aus SPD Mitgliedern gründen, die einmal in der Woche - voraussichtlich am Wochenende - auf einer Wiese in Köln zusammenkommt. Ob spielstark oder Anfänger, weiblich oder männlich, groß oder klein, neu oder jahrelanges Parteimitglied – alle sind willkommen! Vor allem geht es uns um Bewegung, Spaß am Spiel und Fairness. Evtl. können wir als eingespieltes SPD-Team dann auch bei Benefiz-Turnieren ein gutes Bild abgeben.

Bei Interesse meldet euch bitte bei Lüder aus dem OV Braunsfeld/Müngersdorf unter Angabe eures Namens und OV: [LuederThienken@gmx.de](mailto:LuederThienken@gmx.de)

Ort und Zeit des ersten Treffens werden im Anschluss per E-Mail-Verteiler abgestimmt.

## Termine

Sozialforum

### Perspektiven der Kölner Sozialpolitik

Montag, 12. März 2018

19.00 Uhr

Hans-Jürgen Wischnewski-Haus, Magnusstraße 18 b, 50672 Köln

Unser Gast: Herr Sozialdezernent Prof. Dr. Harald Rau

Die Liste der Themen ist offen, aber einige Schwerpunkte wollen wir trotzdem vorschlagen:

- Wohnungspolitik: die Versorgung mit (bezahlbarem) Wohnraum, Bestandssicherung und Neubau- Seniorenpolitik: die Sicherung und den Ausbau ambulanter und stationärer Pflege
- Sozialraumpolitik: Stärkung der Selbstorganisation in Veedeln und Bezirken
- Arbeitsmarkt: Entwicklung eines sozialen Arbeitsmarkts, mit städtischem und gemeinnützigen Trägern
- Integration: Situation der Unterbringung und Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen

Selbstverständlich sind auch andere Themen wichtig und von Interesse, können also in das Gespräch eingebracht werden.

---

OV Nippes, Jochen Ott, MdL

### Köln - Wir müssen reden: Schule im Schichtbetrieb?

Montag, 12. März 2018

21.00 Uhr

Wirtschaft „Zum Bunten Hund“, Bülowstraße 62, Ecke Nordstraße, Köln-Nippes

Ulrike Heuer, langjährige Schulleiterin und Schulverwaltungsfachfrau.

Ihr Thema am Abend lautet: „Schule im Schichtbetrieb?“

„Köln, wir müssen reden“ heißt: Du kannst aktiv mitmachen, Fragen stellen und vor allem mitdiskutieren.

---

OV Ehrenfeld

### Stammtisch

Donnerstag, 15. März 2018

19.30 Uhr

BüZe Ehrenfeld, Köln

Die SPD-Erneuerung nach dem Mitgliederentscheid für die GroKo. Wie kann die SPD für die Bürger/innen klar politisch unterscheidbar von der CDU/CSU werden. Wie kann sie als politische Kraft in der Gesellschaft für mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und gegen Ungleichheit wieder wahrgenommen werden.

---

KölnSPD

## Kampagnenteam "AG Bildung"

Donnerstag, 15. März 2018

18.30 Uhr

Heinrich-Böll-Saal, Rathaus, Köln

mit Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion

---

AsF

## Delegiertenkonferenz der AsF Köln

Samstag, 17. März 2018

11.00 Uhr

HAWO Veranstaltungszentrum, Venloer Wall 15, 50672 Köln

Am kommenden Samstag diskutiert die AsF Köln auf ihrer Delegiertenkonferenz einen Tag vor dem Equal Pay Day darüber, wie die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen überwunden werden kann. Frauen bekommen in Deutschland noch immer etwa 21 Prozent weniger Gehalt. Daher markiert der Equal Pay Day am 18. März 2018 den Tag, bis zu dem Frauen in diesem Jahr quasi umsonst gearbeitet haben.

Ab 13 Uhr diskutieren Katarina Barley, designierte Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz und Daniela Jansen, AsF Landesvorsitzende NRW darüber, wie die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern in Deutschland erreicht werden kann. Sie stellen bestehende Instrumente wie das Entgelttransparenzgesetz vor und diskutieren, welche weiteren politischen Instrumente notwendig sind. Am Vormittag wählt die Konferenz neue Frauen in den Vorstand und berät über Anträge.

Eingeladen sind vor allem die Delegierten aus den Ortsvereinen. Insbesondere zu der Diskussion mit Katarina und Daniela sind alle interessierten Genossinnen herzlich willkommen. Bei Rückfragen meldet Euch bitte bei [marion.sollbach@koeln.de](mailto:marion.sollbach@koeln.de).

---

OV Nippes, Jochen Ott, MdL

## Köln - Wir müssen reden: Dreckige Luft, volle Bahnen, kein Plan – wie bleibt Köln mobil?

Montag, 19. März 2018

21.00 Uhr

Wirtschaft „Zum Bunten Hund“, Bülowstraße 62, Ecke Nordstraße, Köln-Nippes

Zeit, Tacheles zu reden! Ab sofort jeden Montag um Punkt 21 Uhr. Gemütliche, unterhaltsame und knackige anderthalb Stunden Kneipentalk in der Wirtschaft „Zum bunten Hund“ in Nippes zu Top-Themen im Veedel, in der Stadt und im Land.

„Köln, wir müssen reden“ heißt: Du kannst aktiv mitmachen, Fragen stellen und vor allem mitdiskutieren.

Dieses Mal mit: Andreas Pöttgen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat. Sein Thema: „Dreckige Luft, volle Bahnen, kein Plan – wie bleibt Köln mobil?“

---

Kulturforum

## Perspektiven für ein (unbekanntes) Kölner Juwel - Das Römisch-Germanische-Museum

Montag, 19. März 2018

18.30 Uhr

Römisch-Germanischen Museum, Roncalli-Platz 4, Köln

Das Römisch Germanische Museum (RGM) wird nach Stand der Dinge zum 31.12.2018 für die mehrere Jahre dauernde Sanierung schließen müssen. Das RGM hat Museumsgeschichte geschrieben und der Denkmalschutz für den Museumsbau bezieht ausdrücklich das Ausstellungskonzept mit ein. Grund genug für das Kulturforum Köln, zu einem Besuch des RGM mit seinem Direktor Dr. Marcus Trier und seiner Stellvertreterin Frau Dr. Naumann-Steckner einzuladen. Sie werden mit uns unter der Überschrift „Fortgeschriebene Kontinuität“ bei einem Rundgang über bauliche Herausforderungen des Hauses und der Werkstätten, über Sammlungsschwerpunkte und museums-konzeptionelle Perspektiven sprechen und uns einige ausgesuchte Exponate zeigen.

Wie wird sich eines der besucherstärksten Museen der Stadt an einem derart prominenten Ort für die Zukunft aufstellen und was ist für die Zeit der Schließung des Museumshauses am Roncalliplatz geplant?

Wir freuen uns auf das Treffen mit Museumsdirektor Dr. Marcus Trier und Frau Dr. Neumann-Steckner!

---

KölnSPD

## Kampagnenteam "AG Wohnen"

Montag, 19. März 2018

19.30 Uhr

SPD-Parteihaus, Magnusstraße 18b, 50672 Köln

Thema: Kommunikation

---

Plenum "Frieden und Freiheit für die Türkei und Kurdistan"

## Köln gegen den Krieg in Afrin

Mittwoch, 21. März 2018

17.00 Uhr

Rudolfplatz zum Alter Markt, Köln

Am 21. März ist Newroz, das Neujahrsfest der Kurdinnen und Kurden. Wir begehen Newroz, indem wir hier zusammen gegen den Krieg des türkischen Regimes protestieren und uns mit der Bevölkerung in Afrin solidarisieren!

Die Türkei, NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidat, führt seit dem 20. Januar einen völkerrechtswidrigen, blutigen und zerstörerischen Belagerungs- und Besatzungskrieg gegen die kurdische Enklave Afrin in Nordsyrien.

Türkische Kampfjets bombardieren tagtäglich die kurdischen Siedlungen in und um Afrin. Artillerie und Leopard-Panzer aus deutscher Produktion nehmen Dörfer unter Beschuss, türkische

---

Todesschwadronen und mit dem türkischen Regime verbündete Islamisten morden die Zivilbevölkerung, verwüsten Siedlungen und vernichten die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen. Bis Mitte März wurden Hunderte getötet und über 60.000 Menschen mussten ihre an der Grenze liegenden Dörfer verlassen und wurden so zu Binnenflüchtlingen im eigenen Land.

Für diesen Invasionskrieg der türkischen Regierung gibt es weder ein Mandat oder eine Resolution der UN noch gibt es eine Erlaubnis durch die syrische Regierung. Somit ist der Krieg gegen Afrin, das seit Jahren über 300.000 arabische Kriegsflüchtlinge aus Aleppo, Jarablus und Idlib beherbergt, schlicht und ergreifend ein Völkerrechtsbruch, ein illegaler und illegitimer Aggressionsakt.

Trotzdem aber herrscht auf internationaler Ebene Schweigen gegenüber den Verbrechen des türkischen Militärs. Weder von der Bundesregierung und der EU noch von der Völkergemeinschaft der NATO gibt es Versuche und Initiativen, diese Gräueltaten zu beenden. Der völkerrechtswidrige Krieg wird stillschweigend geduldet.

Die türkische Regierung behauptet, dass der vom Sicherheitsrat ausgerufene Waffenstillstand das Gebiet um Afrin nicht betreffe, und sie werde ihren Einmarsch fortsetzen, bis alle „Terroristen“ vernichtet sind. Mit „Terroristen“ meint sie die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), die zur Zerschlagung des IS (Islamischer Staat) entscheidend beigetragen haben und mit den USA koalieren.

Diese Doppelmoral der Völkergemeinschaft ist beschämend. Dieser Doppelstandard öffnet weiteren Gräueltaten Tür und Tor und ermutigt die türkische Regierung, ihren Besatzungskrieg gegen die Zivilbevölkerung in Afrin fortzusetzen und auszuweiten.

Die Kriegsverbrechen in Afrin sind der Bundesregierung genauso bekannt wie die fortgesetzten Menschenrechtsverstöße in der Türkei. Doch die Bundesregierung schweigt im „Interesse einer Normalisierung des Verhältnisses zur Türkei“ – und macht sich so mitschuldig an den Verbrechen ! Wir Kölnerinnen und Kölner sagen „Nein zum Krieg des türkischen Regimes!“ Dieser Krieg wird auch mit aus Deutschland gelieferten Waffen geführt. Die Leopard-Panzer und Haubitzen töten Zivilist\*innen in Afrin und zerstören die Lebensgrundlagen der Bevölkerung.

- Die Bundesregierung muss sich ohne „Wenn und Aber“ für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs in Afrin/Nordsyrien einsetzen.
- Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei müssen umgehend gestoppt werden, eine Modernisierung der Leopard-2-Panzer durch Rheinmetall darf nicht stattfinden.
- Deutschland und die EU sind aufgefordert, sich konsequent gegen eine weitere Gewalteskalation und für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie die Ahndung und Aufarbeitung von Straftaten gegen das Völkerrecht in der Region einzusetzen.

**V.i.S.d.P.: Frank Mederlet, SPD Köln, Magnusstr. 18b, 50672 Köln; Redaktion: Marco Malavasi;  
Bildnachweise: maxbasel, privat**